

Antrags, der in zwei Fachausschüssen dieses Parlaments von allen Fraktionen – außer Ihrer eigenen – intensiv diskutiert und komplett abgelehnt worden ist, eigentlich klar ist: Er wird einfach abgelehnt, er ist nicht mehrheitsfähig und ergibt auch so keinen Sinn. Aber es ist Ihr gutes Recht, ihn trotzdem noch einmal einzubringen, dagegen spricht nichts.

Ich habe als Vorsitzender des Europaausschusses die Gelegenheit genutzt, um nicht vom Blatt ablesen zu müssen, Herr Kollege Böhm, sondern mich im Vorfeld dieser Sitzung mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss der Regionen, zum Beispiel aus Kroatien, mit Generalkonsuln aus Bosnien und dem Kosovo, dem stellvertretenden albanischen Außenminister telefonisch abzusprechen und nachzufragen, wie es denn aussieht. Wissen Sie, was ich als Meldung zurückbekommen habe? – Die Meldung war zum einen ein durchaus berechtigter Stolz dieser Menschen, dass es gelungen ist, in der Hochphase – Kollege Straub hat es vollkommen richtig gesagt: Diese Hochphase ist längst vorbei, wir haben nicht mehr diese Menschenmassen – gemeinsam mit der Europäischen Union, mit Deutschland, auch mit bayerischer Hilfe – es gab ein eindeutiges Lob für Bayern für die Kooperation bei der Ausbildung der Grenzpolizei – diese Bewegungen einigermaßen in den Griff zu bekommen. Darauf können diese Staaten wirklich vollkommen zu Recht stolz sein. Zum anderen gab es eine Rückmeldung, dass auch ganz andere Themen gerade vorn anstehen, zum Beispiel, dass Menschen aus dem Westbalkan viel schneller an Arbeitsvisa kommen wollen, wenn sie in Deutschland arbeiten. Das sind die Themen, die gerade am Westbalkan vorrangig zur Diskussion stehen.

Es gab aber auch die klare Aussage, dass die Europäische Union, Deutschland und Bayern ihre Hausaufgaben gemacht haben. Wir arbeiten eng zusammen, und ich muss Ihnen auch hier noch einmal sagen, wie es auch schon in den beiden zuständigen Ausschüssen gesagt worden ist: Ihr Antrag ist leider Gottes ein Schaufensterantrag, wie wir es in vielen Fällen von Ihrer Fraktion schon gewohnt sind. Sie stellen einfach Dinge in den Raum, die so nicht stimmen. Hätten Sie einmal bei den Leuten angerufen, die dafür zuständig sind, wüssten Sie, dass es nicht Tatsache ist. Deshalb kann ich auch in diesem Fall Ihren Antrag nur ablehnen und kann Sie nur bitten: Bitte fragen Sie erst einmal bei den Leuten nach, die es betrifft, bevor Sie so etwas zu Papier bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Markus Rinderspacher, SPD-Fraktion. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich richtet sich der Blick im Moment nicht nur auf die griechischen Inseln, wo die Flüchtlingssituation durchaus prekär ist, sondern auch auf die Grenze zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Derzeit befinden sich in dem Land etwa 8.000 bis 10.000 Flüchtlinge, und die Situation ist tatsächlich als besorgniserregend – mindestens als das – zu beschreiben.

Amnesty International berichtet von Tausenden von Fällen von Polizeigewalt durch die kroatische Polizei an der EU-Grenze zu Bosnien-Herzegowina. Die Flüchtlingslager sind überfüllt. Die Hygienesituation ist katastrophal, und die Region ist offensichtlich in erheblichem Maße überfordert. Soweit zur Analyse.

Tatsächlich ist es auch richtig, dass die Bundesregierung handelt. Herr Böhm, Sie können sich selbstverständlich bei dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Herrn Stephan Mayer, CSU, erkundigen, der erst vor wenigen Wochen vor Ort war, um auszuloten, was Berlin im Konkreten tun kann, um die humanitäre Situation vor Ort zu verbessern. Herr Kollege Straub von der CSU hat

bereits dargestellt, dass die Europäische Union mit 36 Millionen Euro hilfreich ist, wovon 5,8 Millionen Euro für humanitäre Maßnahmen eingeplant sind.

Mich stören an Ihrem Antrag zwei Dinge im Besonderen. Erstens. Sie sprechen von einem Migrationsdruck, von einem Massenansturm und von einem Flüchtlingsstrom. Diese Semantik hält dem Faktencheck nicht stand.

Die Anzahl der an den EU- und Schengenaußengrenzen entdeckten illegalen Grenzübertritte war 2019 so niedrig wie seit 2013 nicht mehr. Es gibt weniger illegale Grenzübertritte nach Europa. Im vergangenen Jahr wurden 139.000 Menschen von Frontex registriert. Das sind 6 % weniger als 2018 und sogar 92 % weniger als zu den Hochzeiten der Flüchtlingsbewegungen 2015.

Zweitens. Noch vor wenigen Wochen – Herr Kollege Straub hat es dargestellt – haben Sie sich hier hingestellt und von souveränen Nationalstaaten gesprochen, die für die Asylpolitik zuständig seien. Es bestünde keine Veranlassung, dass Europa sich wechselseitig unterstütze, und es wäre geradezu lachhaft, wenn die Bundesrepublik Deutschland in anderen europäischen Bereichen hier tätig würde.

Sie lehnten auch ab, dass der Migrations-, Asyl- und Integrationsfonds der Europäischen Union auf 10 Milliarden Euro erhöht wird. Sie haben sogar beantragt, diesen Fonds, der genau für solche Dinge zuständig ist, gänzlich abzuschaffen. Das ist nicht glaubwürdig, nicht integer, nicht seriös und nicht solide.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Herrn Kollegen Straub nur in einem einzigen Punkt widersprechen. Er hat Ihnen sogar zugestanden, dass die unterschiedlichen Anträge – mal so und mal so, in ganz unterschiedliche Richtungen – auf die politische Willensbildung in Ihrer Fraktion zurückzuführen wären. Auch aus der FDP war eine solche Wortmeldung zu hören; Sie seien sich schlicht nicht einig. Damit unterstellen Sie, Herr Kollege Straub, dass eine politische Willensbildung in der AfD stattfindet. Dabei ist aber nur ein einziger Abgeordneter im Europaausschuss zuständig, nämlich Herr Böhmer.

Das heißt, dass hier das Bolsonaro-Prinzip, das Populismusprinzip greift. Mit Demokratie hat das nichts zu tun. Man erzählt den Menschen montags etwas und dienstags das Gegenteil davon. Es ist Populismus pur, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Wir durchschauen das und lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nun rufe ich den Abgeordneten Martin Hagen, FDP-Fraktion, auf.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man als letzter Redner in Debatten spricht, hat das manchmal den Vorteil, dass man auf das Gesagte noch eingehen, reagieren kann. Manchmal hat es aber auch den Nachteil, dass von den Kolleginnen und Kollegen der anderen demokratischen Fraktionen einfach schon alles Richtige gesagt wurde. Es bleibt einem dann nicht mehr viel zu sagen, und man muss das Ganze auch nicht unnötig in die Länge ziehen.

Ich gehe deswegen nur ganz kurz auf einen Punkt ein, der sich irgendwie in Ihren Antrag hineingeschmuggelt hat. In diesem Antrag geht es eigentlich um die Migration in den Balkanstaaten. Sie haben es jedoch nicht lassen können, auch noch die Grenzsicherung der deutschen und der bayerischen Grenzen hineinzubringen. Dazu kann ich nur sagen: Wir haben jetzt wochenlang erlebt, dass wir wieder in